



Maler- und Lackiererhandwerk: Auch die Schlichtung ist gescheitert



(Foto: Pixabay)

Arbeitgeber bieten Lohnerhöhung unterhalb der Inflation an / Neutraler Schlichter wird abgelehnt / IG BAU warnt vor "Abhängen einer ganzen Handwerksbranche"

"Ich bin mir nicht sicher, ob die Arbeitgeber im Maler- und Lackiererhandwerk auch mal in die Zeitung schauen oder Fernsehen gucken. Da ist von einem immensen Sanierungsstau in Deutschland die Rede, da wird ein staatliches Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro zur Behebung der Infrastrukturdefizite ins Spiel gebracht sowie von Anpacken und Aufbruchsstimmung gesprochen. Und die Malerfirmen sind nicht einmal bereit, ihren Beschäftigten einen höheren Lohn zu zahlen, der zumindest die Inflation ausgleicht. Dann wird aber lamentiert, dass es keine Fachkräfte und keinen Nachwuchs in der Branche gibt. Da passt was überhaupt nicht zusammen." So kommentiert Robert Feiger, Bundesvorsitzender der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und Verhandlungsführer, das Scheitern der Tarifverhandlungen mit den Spitzen des Bundesverbandes Farbe Gestaltung Bautenschutz.

Schon Ende September 2024 war der alte Tarifvertrag im Maler- und Lackiererhandwerk, insgesamt arbeiten rund 115 000 Beschäftigte in der Branche, ausgelaufen. Nach drei Verhandlungs- und zwei Schlichtungsrunden legten die Arbeitgeber heute früh ihr letztes Angebot vor: Erhöhung der Löhne zum 1. April 2025 um 2,9 Prozent und in einem weiteren Schritt



Pressespiegel

Ausgabe: 07.03.2025



ab 1. Juli 2026 um weitere 3 Prozent bei einer Gesamtlaufzeit von drei Jahren bis zum 30. September 2027. Damit würden die Malerinnen und Maler selbst bei einer niedrig erwarteten Inflationsrate von 2 Prozent noch nicht einmal einen Ausgleich bekommen. In den ersten sechs Monaten würden sie nach diesem Vorschlag komplett leer ausgehen. Die IG BAU fordert ein Lohn-Plus von 8 Prozent, das sind etwa 1,50 Euro mehr pro Stunde, wäre aber zu vernünftigen Kompromissen bereit. "Auch ohne den jetzt wahrscheinlich kommenden staatlichen Sonderwumms waren und sind die Auftragsbücher im Maler- und Lackierhandwerk schon gut gefüllt, ging der Umsatz in der Branche in den letzten Jahren stetig nach oben. Deshalb hat das Arbeitgeberangebot mit Respekt vor den Beschäftigten in einer Branche, in der nicht gerade Managergehälter gezahlt werden, rein gar nichts zu tun", sagt Feiger.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen laufen auch die Tarifverträge für die Auszubildenden und den Branchenmindestlohn aus. Das bedeutet, dass bei Neuverträgen ab 1. April nur noch der gesetzliche Mindestlohn, er beträgt derzeit 12,82 Euro, gezahlt werden muss. Die Maler-Azubis erhalten ohnehin eine der niedrigsten Ausbildungsvergütungen im Handwerk. Ebenso liegt der Maler-Durchschnittslohn von aktuell 18,87 Euro gegenüber dem Bauhauptgewerbe (26 Euro) deutlich zurück.

Um aus der vollkommen verfahrenen Situation wieder herauszukommen, hat die Baugewerkschaft vorgeschlagen, jetzt einen unabhängigen Schlichter zu berufen. Auch das haben die Arbeitgeber rundweg abgelehnt. "Verantwortung übernehmen sieht für mich anders aus. Hier müssen die Arbeitgeber aufpassen, nicht komplett abgehängt zu werden", sagt IG BAU-Chef Feiger. Die öffentlichen Auftraggeber sind aufgerufen, etwaige von den Malerfirmen schon eingepreiste Lohnerhöhungen in jedem Einzelfall genau zu überprüfen, damit keine Steuermittel verschwendet werden.

Lokalkompass.de 07.03.2025



Pressespiegel

Ausgabe: 07.03.2025



IG BAU begrüßt CDU-SPD-Sondervermögen für Infrastruktur



Robert Feiger, Bundesvorsitzender IG BAU Foto: IG BAU, Tobias Seifert

Hohe Verteidigungsausgaben werden ob der weltpolitisch instabilen Lage als notwendig angesehen, sollten aber im europäischen Verbund geleistet werden



Pressespiegel

Ausgabe: 07.03.2025



Frankfurt am Main – Der Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) Robert Feiger begrüßt das jetzt von CDU und SPD innerhalb ihrer Sondierungsgespräche verabredete Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro zur Wiederinstandsetzung der Infrastruktur. "Kaputte Brücken, marode Bahngleise, holprige Straßen, sanierungsbedürftige Schulen, Kitas sowie Krankenhäuser, fehlende Energieinfrastruktur und vieles anderes mehr, hier müssen wir endlich ran. Mit diesem Investitionsvolumen kann uns das gelingen. Und mit der Laufzeit von zehn Jahren haben die Unternehmen wie auch die Beschäftigten endlich einen verlässlichen Planungshorizont."

Den jetzt quasi deckellosen Verteidigungsetat sieht der IG Bau-Chef als "notwendig" in diesen weltpolitisch instabilen Zeiten. "Natürlich ändert sich die Lage hier in Europa dramatisch, sollten sich die USA tatsächlich künftig von uns abwenden. Da müssen wir die Sicherheit Europas selbst in die Hand nehmen." Er mahnt aber an, diese neue "Verteidigungsfähigkeit" mit Augenmaß und im Einklang mit den europäischen Staaten zu gestalten.

Dass die Infrastruktur und Verteidigungsfähigkeit mit Sondervermögen finanziert werden, sieht Feiger als klares Zeichen dafür, dass am Sozialetat, an den Renten, Bildungsaufwendungen und dergleichen mehr nicht gerüttelt wird. "Bei allem Augenmerk auf die Infrastruktur dürfen wir das normale Leben der Menschen nicht vergessen, für viele ist das hart genug. Deshalb Hände weg von Kürzungen bei Sozialleistungen."

Lokalkompass.de 07.03.2025